

DISTANZIERTE NACHBARN

DIE EU UND ISRAEL – EINE PARADOXE BEZIEHUNG

Michael Mertes



Michael Mertes leitete von Juni 2011 bis Juli 2014 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel.

EINLEITUNG

Uneasy Neighbors lautet der Titel eines Standardwerks über die besondere Beziehung zwischen Israel und der Europäischen Union.¹ Die Autoren Sharon Pardo (Ben-Gurion-Universität des Negev) und Joel Peters (Virginia Polytechnic Institute and State University) bringen mit dieser Formel die ganze Ambivalenz des israelisch-europäischen Verhältnisses² auf den Punkt: Beide Seiten muten einander seit Jahrzehnten Wechselbäder von Bewunderung und Enttäuschung, Anziehung und Abstoßung zu. Beide Seiten stehen einander nah – geografisch, wirtschaftlich, kulturell –, doch zugleich betrachten sie einander mit Unbehagen, zunehmend auch mit Unverständnis und Antipathie. Diese Ambivalenz hat zur paradoxen Folge, dass die Beziehungen zwischen Israel und der EU heute so intensiv und zugleich so angespannt sind wie nie zuvor. Im Jahr 2013 ermittelte das Pew Research Center, dass nur noch 41 Prozent der Israelis ein positives Bild von der EU

- 1 | Sharon Pardo/Joel Peters, *Uneasy Neighbors. Israel and the European Union*, Lanham et al., 2010.
- 2 | Die besonderen Beziehungen zwischen Israel und einzelnen EU-Mitgliedstaaten bleiben hier weitgehend außer Betracht. Ein historisch begründetes Sonderverhältnis besteht nicht allein zu Deutschland wegen der Shoah, sondern zum Beispiel auch zu Polen (als Land der mit 3,3 Millionen größten jüdischen Gemeinschaft im Europa vor der Shoah), Spanien und Portugal (als Herkunftsländern der sephardischen Juden, siehe „Portugal approves Sephardic Jew citizenship plan“, *The Times of Israel*, 29.01.2015, <http://timesofisrael.com/portugal-approves-sephardic-jew-citizenship-plan> [02.03.2015]) sowie Großbritannien (als ehemalige Mandatsmacht in Palästina).

haben – gegenüber 56 Prozent im Jahr 2009.³ In den Ländern der EU wiederum verliert Israel spürbar an Sympathie.⁴

Sieht man von den Vereinigten Staaten und Kanada ab, steht die EU keinem nicht-europäischen Land so nahe wie dem Staat Israel. Allerdings mehren sich in Israel Stimmen, die eine strategische Neuausrichtung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Erwägung ziehen: Europa sei von gestern, dem asiatisch-pazifischen Raum gehöre die Zukunft. Daher sollte Israel seine stark auf die EU fokussierten Handelsbeziehungen (ein Drittel der Importe nach Israel stammt aus der EU, ein Viertel der Exporte aus Israel geht in die EU) in andere Weltregionen verlagern. In Ostasien interessiere sich niemand für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Namentlich die Chinesen „wollen nur über drei Dinge reden: israelische Technologie, israelische Technologie, israelische Technologie“⁵. Gewiss lassen sich solche Äußerungen als Trotzreaktionen gegen das Engagement der EU für einen Palästinenserstaat deuten⁶; sie sind aber auch beeinflusst von der seit 2009 anhaltenden Eurokrise und dem Ansehensverlust der Europäischen Union als weltpolitischer Akteur.

Die besondere Beziehung zwischen Israel und der Europäischen Union reicht bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre zurück. Nach Griechenland und den USA war Israel das dritte Land, das eine diplomatische Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften

- 3 | Siehe Pew Research Center, *The New Sick Man of Europe: the European Union*, 13.05.2013, S. 57, <http://pewglobal.org/files/2013/05/Pew-Research-Center-Global-Attitudes-Project-European-Union-Report-FINAL-FOR-PRINT-May-13-2013.pdf> [02.03.2015].
- 4 | Das schlechteste Image hat Israel in Großbritannien mit 72 Prozent. (Spanien: 70 Prozent, Deutschland: 67 Prozent, Frankreich: 63 Prozent, Polen: 44 Prozent.) Vgl. hierzu den *BBC World Service*, „Views of China and India Slide While UK’s Ratings Climb: Global Poll“, 22.05.2013, S. 49, http://globescan.com/images/images/press_releases/bbc2013_country_ratings/2013_country_rating_poll_bbc_globescan.pdf [02.03.2015].
- 5 | Siehe John Reed, „Israel: Trading partners“, *Financial Times*, 03.01.2014, <http://ft.com/cms/s/0/045dca8a-6725-11e3-a5f9-00144feabdc0.html#axzz3B2gxNE00> [02.03.2015].
- 6 | Naftali Bennett, israelischer Handelsminister im Kabinet Netanjahu III und Vorsitzender der nationalreligiösen Partei HaBajit HaJehudi, stellte im Jahr darauf lobend fest, „dass die Chinesen auf ihre Handelsbeziehungen zu Israel keine politischen Visionen draufsatteln – eine erfreuliche Veränderung angesichts aktueller Trends in Europa und Amerika, zu denen auch Sanktionsdrohungen durch die EU gehören“. Vgl. Elad Benari, „Bennett: The Chinese Don’t Care About the ‚Occupation‘“, *Arutz Sheva*, 12.07.2013, <http://israelnationalnews.com/News/News.aspx/169817> [02.03.2015]; und: Hezki Ezra/Ari Yashar, „Bennett in China to Help Build ‚City of Water‘“, *Arutz Sheva*, 24.11.2014, <http://israelnationalnews.com/News/News.aspx/187810> [02.03.2015].

etablierte. Während einer geheimen Europareise 1957 diskutierte Schimon Peres – damals Staatssekretär im Verteidigungsministerium – mit Jean Monnet sogar, ob eine Aufnahme Israels in die Europäischen Gemeinschaften denkbar sei.⁷ Als Gideon Rafael 1957 als erster Botschafter Israels bei den Europäischen Gemeinschaften nach Brüssel entsandt wurde, gab David Ben-Gurion ihm auf den Weg: „Sag den Europäern, dass sie ihre spirituellen Werte von jenem kleinen, aber unverwüstlichen Volk geerbt haben, das du jetzt unter ihnen repräsentieren wirst. Wir teilen nicht nur schreckliche Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit, sondern auch eine helle Zukunft, die vor uns liegt.“⁸

Tabelle 1

EU-Handelsbeziehungen mit Israel

Jahr	EU-Israel-Handel in Gütern		EU-Israel-Handel in Dienstleistungen	
	EU-Importe in Mrd. Euro	EU-Exporte in Mrd. Euro	EU-Importe in Mrd. Euro	EU-Exporte in Mrd. Euro
2010	11,1	14,5	3,0	4,2
2011	12,8	16,9	3,3	4,7
2012	12,7	17,1	3,3	4,5
2013	12,5	17,0	—	—

Quelle: Europäische Kommission, „European Union, Trade in goods with Israel“, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113402.pdf [30.03.2015].

In vieler Hinsicht ist Ben-Gurions Wunsch Wirklichkeit geworden. Auf vielen Feldern der bilateralen Zusammenarbeit – Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Kultur – sind die Beziehungen zwischen Israel und der EU außerordentlich eng. Hinzu kommt die Kooperation im multilateralen Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EUROMED), die mit dem Barcelona-Prozess 1995 begann, 2004 um die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)⁹

7 | So eine Tagebuchnotiz David Ben-Gurions vom 7. Juni 1957. Siehe Sharon Pardo/Joel Peters, *Israel and the European Union. A Documentary History*, Lanham, 2010, S.9; zu anderen Überlieferungen siehe Pardo/Peters, Fn. 1, S. 2 f.

8 | Pardo/Peters, Fn. 1, S. 3 f.

9 | Vgl. Europäische Kommission, „Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?“, http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm [02.03.2015].

ergänzt und 2008 als Union für den Mittelmeerraum (UfM) fortgeführt wurde.¹⁰

Seit dem ersten Handelsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Israel 1964¹¹ hat sich die bilaterale Kooperation zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe gesteigert.

Die bilaterale Kooperation steht heute auf einer soliden rechtlichen Grundlage: dem Assoziierungsabkommen, das am 1. Juni 2000 in Kraft trat.

Sie steht heute auf einer soliden rechtlichen Grundlage: dem Assoziierungsabkommen von 1995, das am 1. Juni 2000 in Kraft trat; es ersetzte das Freihandels- und Kooperationsabkommen von 1975.¹² Im Juni 2008 beschloss der europäisch-israelische Assoziierungsrat ein „Upgrade“ der Beziehungen zwischen der EU und Israel¹³; wegen des Ersten Gazakrieges (Operation „Gegossenes Blei“) Ende 2008/Anfang 2009 wurde dieses Vorhaben jedoch nicht weiter verfolgt. Die EU setzte damals einen neuen Akzent, indem sie – anders als noch beim Assoziierungsabkommen – das „Upgrade“ mit dem Anspruch verknüpfte, sich stärker als bisher in den israelisch-palästinensischen Friedensprozess einzubringen.¹⁴

Im November 2013 einigten sich beide Seiten darauf, dass Israel – als einziges nichteuropäisches Land – an dem mit fast 80 Milliarden Euro¹⁵ ausgestatteten EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ teilnehmen wird.¹⁶ Es ist das erklärte Ziel der EU, ihr Sonderverhältnis zu Israel auf ein Niveau zu heben, das deutlich oberhalb der gegenwärtigen Assoziierung liegt. Im Dezember 2013, als die von US-Außenminister

10 | Siehe Europäischer Auswärtiger Dienst, http://www.eeas.europa.eu/euromed/index_de.htm [02.03.2015].

11 | Vgl. Pardo/Peters, Fn. 1, S. 34 ff.

12 | Einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Beziehungen zwischen Israel und der EU bietet: Delegation of the European Union to Israel, „Agreements“, http://eeas.europa.eu/delegations/israel/eu_israel/political_relations/agreements/index_en.htm [02.03.2015].

13 | Vgl. EU-Israel Association Council, „Statement of the European Union“, http://europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/association_counc/association_council.pdf [02.03.2015].

14 | Vgl. Pardo/Peters, Fn. 1, S. 322 f.

15 | Vgl. EU, „Breakdown of the Horizon 2020 Budget“, http://ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/press/horizon_2020_budget_constant_2011.pdf [02.03.2015].

16 | Vgl. EU, „Joint Statement by EU High Representative Catherine Ashton and Israeli Minister of Justice Tzipi Livni on Israel’s participation in the Horizon 2020 Programme“, Pressemitteilung, 26.11.2014, http://eeas.europa.eu/statements/docs/2013/131126_05_en.pdf [02.03.2015]; ferner: Europäische Kommission, „EU und Israel unterzeichnen das Horizont-2020-Assoziierungsabkommen“, Pressemitteilung, 08.06.2014, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-633_de.htm [02.03.2015].

Kerry initiierten israelisch-palästinensischen Verhandlungen noch liefen, boten die EU-Außenminister Israel eine „Besondere Privilegierte Partnerschaft“ (*Special Privileged Partnership, SPP*) an für den Fall, dass der israelisch-palästinensische Konflikt durch eine Zwei-Staaten-Lösung beigelegt werde.¹⁷

Für eine SPP gibt es kein historisches Vorbild. Während einer Veranstaltung des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühjahr 2014 erläuterte Botschafter Lars Faaborg-Ander-

Die EU bietet Israel den „erweiterten Zugang zu ihren Märkten, engere kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen sowie einen verstärkten Sicherheitsdialog“.

sen, Repräsentant der EU in Israel, diese Partnerschaft könne so ausgestaltet werden, dass sie Israel effektiv einen mitgliedschafts-ähnlichen Status verschaffen würde.¹⁸ Das SPP-Angebot umfasst „erweiterten Zugang

zu den europäischen Märkten, engere kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen, Erleichterungen von Handel und Investitionen sowie Förderung von Business-to-Business-Beziehungen“; hinzu kommen „verstärkter politischer Dialog und Sicherheitszusammenarbeit“. Aus israelischer Sicht mindern allerdings zwei Wermutstropfen die Genießbarkeit der europäischen Offerte: Zum einen ist sie an die Bedingung einer israelisch-palästinensischen Einigung gekoppelt und verschärft so die im „Upgrade“-Beschluss 2008 von der EU formulierten Bedingungen. Zum anderen richtet sie sich parallel an einen künftigen Palästinenserstaat. Auf den zweiten Einwand erwidern EU-Vertreter, natürlich würden SPP-Vereinbarungen mit einem künftigen Palästinenserstaat schon deshalb ganz anders aussehen als jene mit Israel, weil sie nicht auf eine auch nur annähernd vergleichbare Vorgeschichte aufbauen könnten.

Das Paradox der Beziehungen zwischen Israel und der EU – wachsende Entfremdung trotz zunehmender Kooperation – lässt sich nicht auf eine einzige Ursache zurückführen. Zu den Faktoren, die im Folgenden beleuchtet werden sollen, gehören erstens die europäischen und orientalischen Wurzeln der israelisch-jüdischen Bevölkerung, zweitens das Auseinanderdriften europäischer und israelischer Wertvorstellungen, drittens antisemitische Tendenzen in der EU, viertens unterschiedliche Bedrohungsperzeptionen auf beiden Seiten sowie fünftens der Dauerstreit über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

17 | Vgl. EU, „Council conclusions on the Middle East Peace Process“, 16.12.2013, http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/140097.pdf [02.03.2015].

18 | Michael Mertes, „Welche Zukunft hat jüdisches Leben in Europa?“, 30.05.2014, <http://kas.de/israel/de/publications/37919> [02.03.2015].

ISRAEL – NUR EIN ABLEGER EUROPAS?

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts lebten 90 Prozent der jüdischen Weltbevölkerung in Europa; heute sind es nur noch neun Prozent.¹⁹ Die Schwerpunkte jüdischen Lebens haben sich nach Israel und in die Vereinigten Staaten verlagert. Im Jahr 2014 gab es weltweit etwa 14 Millionen Juden; davon lebten knapp 43 Prozent in Israel und gut 40 Prozent in den USA.²⁰ Europa ist dagegen der Ort des „größten jüdischen Friedhofs der Welt“, wie eine in Israel oft gebrauchte Formel lautet.²¹ Viele Europäer betrachten Israel als einen Ableger Europas – manche darüber hinaus als einen Ausläufer der kolonialistischen Epoche.²² Zu dieser Wahrnehmung trägt vor allem bei, dass die politischen und ideengeschichtlichen Ursprünge des Zionismus in Europa liegen. Ebenso bedeutsam ist die soziodemografische Tatsache, dass die Generation der Gründer Israels ganz überwiegend aschkenasisch war, also vor allem mittel- und osteuropäischer Herkunft. Diese Pioniere dachten europäisch (zumeist im Sinne einer aufgeklärt-säkularen Version des Nationalstaatsprinzips) und formten die Institutionen des jungen Staates nach europäischen Vorbildern.

Doch seit 1948 hat sich die Zusammensetzung der israelisch-jüdischen Bevölkerung (rund drei Viertel der Gesamtbevölkerung des Staates Israel) erheblich verändert. Der aschkenasisch-europäische Anteil hat ab-, der mizrachisch-orientalische Anteil zugenommen. (Als „Mizrachim“ werden in Israel Juden bezeichnet, die aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens stammen; in einem weiteren Sinne umfasst dieser Begriff Juden nordafrikanischer und kaukasischer Herkunft.) Vor Beginn der Einwanderung von – zu allermeist aschkenasischen – Juden aus der ehemaligen

19 | So Dov Maimon vom Jewish People Policy Institute, Jerusalem in: Dov Maimon, „The Cultural Dimension of Jewish European Identity“, in: KAS Israel, „The Jewish Contribution to the European Integration Project“, 11.12.2013, S. 26-33, hier: S. 31, http://kas.de/wf/doc/kas_36349-1522-1-30.pdf [02.03.2015].

20 | Siehe Jewish Virtual Library, „Jewish Population of the World“, <http://jewishvirtuallibrary.org/jsource/Judaism/jewpop.html> [02.03.2015].

21 | Siehe z.B. Centre for Israel & Jewish Affairs, „The Holocaust“, <http://cija.ca/resource/the-holocaust> [02.03.2015].

22 | Kritisch hierzu Dore Gold, „The Myth of Israel as a Colonialist Entity: An Instrument of Political Warfare to Delegitimize the Jewish State“, Jerusalem Center for Public Affairs, 09.05.2012, <http://jcpa.org/article/the-myth-of-israel-as-a-colonialist-entity-by-dore-gold> [02.03.2015].

Sowjetunion in den 1990er Jahren waren rund 70 Prozent der israelischen Juden Mizrachim; gegenwärtig liegt ihr Anteil bei rund 50 Prozent.²³

Tabelle 2

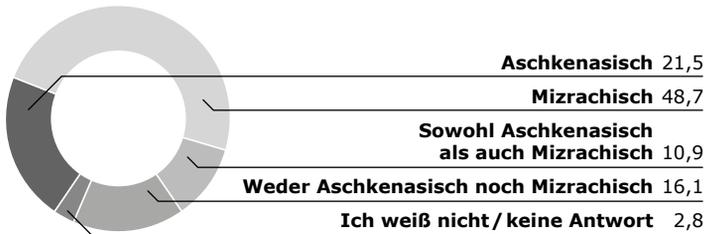
Jüdische Bevölkerung in der Europäischen Union

Jahr	Gesamtbevölkerung in Millionen	Jüdische Bevölkerung in Millionen
1990	340,69	1,02
1995	372,74	1,02
2000	375,54	1,03
2005*	457,50	1,12
2013	500,00	1,11

* Zahlen beziehen sich auf die EU25. Quelle: *American Jewish Year Book*, Bd. 90-105, „World Jewish Population“, <http://www.ajcarchives.org/main.php?GroupingId=40> [04.03.2015].

Abb. 1

Ethnische Selbstzuordnung und Identifikation israelischer Juden (in Prozent)



Quelle: Israel Democracy Institute, Fn. 24.

Aufschlussreicher für das israelisch-europäische Verhältnis als diese objektiven Zahlen ist die subjektive Selbsteinordnung israelischer Juden. Aus dem *Israeli Democracy Index* von 2012 geht hervor, dass rund 49 Prozent der israelischen Juden sich als Mizrachim definieren und nur 21,5 Prozent als Aschkenasim. Etwa elf Prozent der Befragten erklärten, sie seien sowohl mizrachischer als auch aschkenasischer Herkunft. Rund 16 Prozent antworteten, sie fühlten sich keiner der beiden Kategorien zugehörig; die Herausgeber des Index merken dazu an, ein Teil dieser Befragten

23 | Vgl. Jewish Virtual Library, „Jews of the Middle East“, <http://jewishvirtuallibrary.org/jsource/Judaism/mejews.html> [02.03.2015].

betrachte sich einfach als israelisch und lehne eine Selbsteinordnung nach Herkunft ab.²⁴

GEMEINSAME UND DIVERGENTE WERTE

Als Land mit demokratischer Staats- und freiheitlicher Wirtschaftsordnung gehört Israel zum Westen. Diese Zugehörigkeit manifestiert sich nicht zuletzt im engen Bündnis mit den USA und der intensiven Partnerschaft mit der EU. Geografische Lage und Zusammensetzung der Bevölkerung verankern Israel zugleich im asiatischen Raum. Mit diesen einzigartigen Voraussetzungen hat es das Potenzial, Brücke zwischen Okzident und Orient zu sein.

Die Wertegemeinschaft zwischen Israel und der EU wird durch das gemeinsame Bekenntnis zu den Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit begründet. Es gibt aber auch Einstellungsunterschiede, die zum Teil erheblich sind und den Keim wechselseitiger Entfremdung in sich tragen. Dabei geht es (a) um den Einfluss religiöser Überzeugungen in Gesellschaft und Politik, (b) die Bedeutung nationaler Souveränität und Verteidigungsfähigkeit sowie (c) die Vision von der eigenen Zukunft.

Es gibt Einstellungsunterschiede zwischen Israel und der EU, die zum Teil erheblich sind und den Keim wechselseitiger Entfremdung in sich tragen.

Einfluss der Religion

Israel definiert sich selbst als „jüdischer und demokratischer Staat“.²⁵ Ob die Komponente „jüdisch“ vorwiegend säkular (im Sinne einer Nationalität) oder religiös zu definieren ist, bleibt ein zentraler Gegenstand innerisraelischer Debatten. Es gibt jedenfalls kein Land der EU, in dem sich eine vergleichbare Identitätsfrage stellt.

Insgesamt befinden sich die europäischen Gesellschaften auf dem Weg in ein „postreligiöses“ Zeitalter. Das Eurobarometer ermittelte 2005, dass nur noch 52 Prozent der Europäer an die Existenz

24 | Vgl. Israel Democracy Institute, *The Israeli Democracy Index 2012*, S. 181, <http://en.idi.org.il/media/1365574/Index2012%20-%20Eng.pdf> [02.03.2015].

25 | Rechtlich verankert ist dieses Selbstverständnis unter anderem in Art. 1 des Grundgesetzes „Menschliche Würde und Freiheit“: „The purpose of this Basic Law is to protect human dignity and liberty, in order to establish in a Basic Law the values of the State of Israel as a Jewish and democratic state.“ Knesset, „Basic Law: Human Dignity and Liberty“, http://knesset.gov.il/laws/special/eng/basic3_eng.htm [02.03.2015].

Gottes glauben; an der Spitze liegen die Mittelmeeranrainerstaaten Malta (95 Prozent), Zypern (90 Prozent) und Griechenland (81 Prozent), am unteren Ende der Skala Schweden (23 Prozent), Tschechien (19 Prozent) und Estland (16 Prozent).²⁶ Einer vom Israel Democracy Institute und der AVI CHAI-Israel Foundation veröffentlichten Untersuchung ist zu entnehmen, dass 80 Prozent der israelischen Juden an Gott glauben; ebenso viele sind davon überzeugt, dass eine höhere Macht gute Taten belohnt und schlechte bestraft. Zwischen 1991 und 2009 sind beide Werte angestiegen.²⁷

Bemerkenswert ist, dass Israel im Hinblick auf religiöse Grundüberzeugungen den USA näher steht als der EU: 74 Prozent der US-Amerikaner – so eine Harris Interactive-Umfrage von 2013 – glauben an Gott. Die Zahl der Befragten, die so antworten, ist allerdings rückläufig²⁸; ob sich Israel und die USA an diesem Punkt auseinander entwickeln werden, ist eine offene Frage. Klar ist jedoch, dass sich in den USA ein religiös observantes jüdisches Leben problemlos führen lässt²⁹, während es in vielen Ländern der EU auf immer größere Hindernisse stößt. Gefahren drohten jüdischer Lebensweise dort bislang vor allem von rechtsextremistischer und islamistischer Seite; regelmäßig berichten israelische Medien über verbale oder tätliche Angriffe auf Juden in Europa, die in der Öffentlichkeit eine Kippah als Kopfbedeckung tragen.³⁰ Neuartig sind die Probleme, die von einem kämpferischen Säkularismus ausgehen, der Religionsfreiheit nur noch negativ („Freiheit von“) definiert und das Recht auf bestimmte religiöse

26 | Von besonderem Interesse sind die Werte für die EU-Länder mit größtem jüdischen Bevölkerungsanteil: Frankreich 34 Prozent, Großbritannien 38 Prozent, Deutschland 47 Prozent. Vgl. Europäische Kommission, „Special Eurobarometer: Social values, Science and Technology“, 6/2005, S. 9, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_225_report_en.pdf [02.03.2015].

27 | Vgl. Israel Democracy Institute, „A Portrait of Israeli Jews: Beliefs, Observance, and Values of Israeli Jews, 2009“, S. 50 f., http://en.idi.org.il/media/1351622/GuttmanAviChaiReport2012_EngFinal.pdf [02.03.2015].

28 | Siehe Larry Shannon-Missal, „Americans’ Belief in God, Miracles and Heaven Declines“, Harris Interactive, 16.12.2013, <http://harrisinteractive.com/NewsRoom/HarrisPolls/tabid/447/ctl/ReadCustom%20Default/mid/1508/ArticleId/1353/Default.aspx> [02.03.2015].

29 | Vgl. Hannes Stein, „Juden Europas, kommt nach Amerika!“, *Die Welt*, 15.01.2015, <http://welt.de/debatte/kommentare/article136405010> [02.03.2015].

30 | Ein typisches Beispiel von vielen: Ruchama Weiss/Levi Brackman, „Swedish reporter dons kippa and encounters anti-Semitic abuse“, *ynetnews*, 24.01.2015, <http://ynetnews.com/articles/0,7340,L-4618568,00.html> [02.03.2015].

Praktiken („Freiheit zu“) in Frage stellt. Wichtigste Indikatoren für diese Entwicklung sind die Debatte über die Zulässigkeit der Beschneidung neugeborener Knaben³¹ und das Verbot des Schächtens.³²

Bedeutung nationaler Souveränität

Mag auch die Mehrheit der EU-Bürger sich deutlich stärker mit der eigenen Nation als mit der EU identifizieren³³ – Tatsache bleibt, dass die „immer engere Union der Völker Europas“ ein „postnationales“ Projekt ist. Es verlangt die Übertragung von Teilen der nationalen Souveränität auf supranationale Institutionen; so sind in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Normsetzungskompetenzen aus den Hauptstädten der EU-Mitgliedstaaten nach „Brüssel“ verlagert worden.

Dieser Tendenz diametral entgegengesetzt ist das Hauptanliegen des Zionismus: Für ihn steht die Wiederherstellung uneingeschränkter „jüdischer Souveränität“ im Vordergrund. Das jüdische Volk soll nach fast zwei Jahrtausenden im Exil wieder Herr seines eigenen Schicksals sein³⁴ und nicht mehr in Abhängigkeit vom wenig verlässlichen Wohlwollen nicht-jüdischer Regierungen leben müssen. Deshalb betonen politische Redner am israelischen Holocaust-Gedenktag (*Jom ha-Shoah*) regelmäßig, dass die Fähigkeit des jüdischen Volkes zur Selbstverteidigung den Kern

31 | Auch hier unterscheidet sich die EU deutlich von den USA: Während der Anteil männlicher Beschneidungen im Bereich der EU unter 20 Prozent liegt (Zahlen für 2007, siehe: Weltgesundheitsorganisation, „Male circumcision: global trends and determinants of prevalence, safety and acceptability“, 2007, S. 9 ff., http://whqlibdoc.who.int/publications/2007/9789241596169_eng.pdf?ua=1 [02.03.2015]), werden in den USA über 58 Prozent der Neugeborenen beschnitten – Tendenz allerdings abnehmend (Zahlen für 2010, siehe http://www.huffingtonpost.com/2014/04/07/circumcision-rate-drops_n_5107637.html).

32 | Diese und andere Indikatoren werden aufgezählt bei Dov Maimon, Fn. 19, S. 29.

33 | Laut *Standard-Eurobarometer* betrachten sich lediglich acht Prozent der Befragten „Als Europäer/in und (Nationalität)“ oder „Nur als Europäer/in“. Vgl. Europäische Kommission, „Die Europäische Bürgerschaft“, *Standard Barometer* 81, Frühjahr 2014, S. 10 ff., http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb81/eb81_citizen_de.pdf [02.03.2015].

34 | Vgl. folgenden Passus aus der israelischen Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948: „Dieses Recht [auf einen eigenen Staat] ist das natürliche Recht des jüdischen Volkes, wie alle anderen Völker in seinem eigenen souveränen Staat Herr seines eigenen Schicksals zu sein.“

von Israels Staatsräson ausmache.³⁵ Neben dieser säkular-zionistischen Mehrheitsposition macht sich immer deutlicher eine religiös-zionistische Minderheitsmeinung vernehmbar, die der jüdischen Souveränität eine heilsgeschichtliche Bedeutung beimisst.³⁶



Anders als in vielen europäischen Ländern ist in den USA ein religiös observantes jüdisches Leben problemlos möglich. Etwa 40 Prozent der jüdischen Bevölkerung weltweit leben dort. | Quelle: Alex Schwab, flickr .

Obwohl Israel die ökonomischen Hürden für eine EU-Mitgliedschaft ohne Weiteres überspringen dürfte (so lag es, um nur ein Beispiel zu nennen, beim BIP pro Kopf 2013 vor Frankreich und dem EU-Durchschnitt³⁷), wäre es nicht in der Lage, den politischen Teil der Kopenhagener Kriterien vollständig zu erfüllen. Das grundsätz-

35 | „Vor siebzig Jahren hatte das jüdische Volk weder die nationale Stimme, sich an die Nationen zu wenden, noch die militärische Macht, sich zu verteidigen. Doch heute ist die Lage anders. Heute haben wir eine Armee. Wir haben die Fähigkeit, die Pflicht und die Entschlossenheit, uns selbst zu verteidigen.“ Vgl. Ministerpräsident Netanjahu in seiner Rede zum Jom ha-Shoah am 18./19.04.2012: Israel Ministry of Foreign Affairs, „Yom Hashoah-Address by PM Netanyahu“, 18.04.2012, http://mfa.gov.il/MFA/AboutIsrael/History/Holocaust/Pages/Yom_Hashoah_PM_Netanyahu_18-Apr-2012.aspx [02.03.2015].

36 | Siehe z.B. Dalit Halevy / Ari Yashar, „Feiglin Outlines Five-Step ‚Jewish Sovereignty‘ Plan“, *Arutz Sheva*, 13.05.2014, <http://israelnationalnews.com/News/News.aspx/180590> [02.03.2015].

37 | Siehe *CIA World Factbook*, „Country Comparison; GDP Per Capita“, <https://cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2004rank.html> [02.03.2015].

liche Hindernis liegt nach Ansicht von Sharon Pardo im Selbstverständnis und in der Staatsräson Israels: „Befürworter einer EU-Mitgliedschaft Israels ignorieren fundamentale Unterschiede zwischen Israels Selbstbild als jüdischer Staat, als Staat des jüdischen Volkes einerseits und dem Leitprinzip der Europäischen Union als ein Raum ohne Binnengrenzen andererseits. Israel ist ein liberaler Staat, aber Israels Selbstbild als jüdischer Staat, als Staat des jüdischen Volkes gibt ihm eine Ausnahmestellung und unterscheidet es grundlegend von anderen Staaten.“³⁸

Zukunftsvorstellungen

Im Gegensatz zu den alternden Gesellschaften Europas präsentiert sich die „Start-up-Nation“³⁹ Israel als junges, kinderfreundliches, dynamisches Land mit wachsender Bevölkerung und enormer Innovationskraft. So wie der „New frontier“-Mythos (neben der Selbstwahrnehmung als „one nation under God“) zur Zivilreligion der Vereinigten Staaten gehört, ist der Pioniergeist ein Kernelement des säkular-zionistischen Ethos. Die nationalreligiöse Siedlerbewegung bezieht einen Teil ihrer Legitimität aus der Überzeugung, dass sie diesem Ethos treu geblieben ist – eine Sichtweise, in der sie von Reuven Rivlin, dem heutigen Staatspräsidenten Israels, in seiner Zeit als Sprecher der Knesset ausdrücklich bestärkt wurde.⁴⁰

So wie der „New frontier“-Mythos zur Zivilreligion der Vereinigten Staaten gehört, ist der Pioniergeist ein Kernelement des säkular-zionistischen Ethos.

Während viele europäische Gesellschaften auf die globalen ökonomischen Umbrüche – vom Aufstieg neuer, selbstbewusster Konkurrenz in Ostasien bis zur Banken- und Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2008 und der nachfolgendem Staatsschuldenkrise – defensiv reagieren und am Status quo festzuhalten versuchen, behauptet sich Israel dank eines starken Inkubator- und Risikokapitalsektors mit innovativen Produkten und Dienstleistungen als erfolgreiches „Silicon Wadi“ auf den Weltmärkten. Nach dem

38 | So Pardo im Interview vom 18.07.2011 mit der KAS Israel: Michael Mertes, „Wie nehmen Israelis Europa wahr? Fünf Fragen an Sharon Pardo“, KAS-Israel, 18.07.2011, <http://kas.de/israel/de/publications/23431> [02.03.2015].

39 | So der zum geflügelten Wort gewordene Titel des Bestsellers von Dan Senor und Saul Singer, *Start-Up Nation: The Story of Israel's Economic Miracle*, New York, 2009.

40 | „Ihr, meine Brüder, seid Pioniere ...“. Chaim Levinson, „Rabbi at terror victims' funeral: Jews want peace, evildoers seek to destroy us“, *Haaretz*, 01.09.2010, <http://haaretz.com/1.311471> [02.03.2015]. Ferner: Mazal Mualem, „Rivlin dedicates Independence torch to settlers amid criticism“, *Haaretz*, 26.04.2004, <http://haaretz.com/1.120669> [02.03.2015].

jüngsten *Bloomberg Global Innovation Index* steht Israel auf Platz 5 der innovationsfreundlichsten Länder der Welt – zwar hinter Deutschland (3), aber noch vor den USA (6), Frankreich (9) und Großbritannien (10).⁴¹

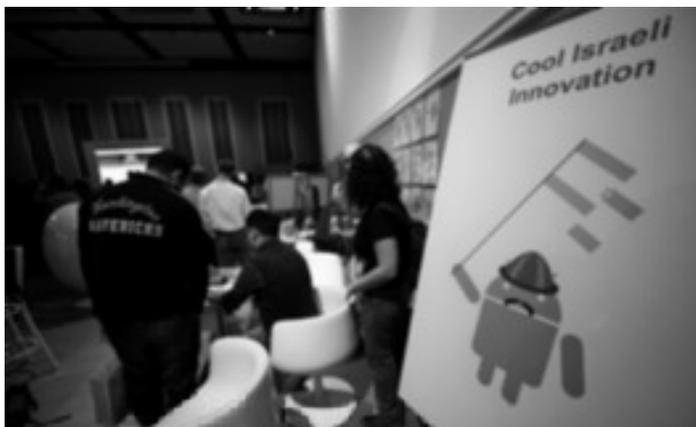


Jung und dynamisch: Im Vergleich zu den alternden Gesellschaften Europas präsentiert sich Israel als junges, kinderfreundliches, dynamisches Land mit wachsender Bevölkerung. | Quelle: Yoav Lerman, flickr ©©©©.

Zusammengenommen, ergeben diese Mosaiksteine das Bild eines Landes, das seine Zukunft immer weniger in einer Bindung an Europa sieht. In ihrer brillanten Studie über die israelische Mentalität lokalisiert Diana Pinto das heutige Israel „in seinem eigenen virtuellen Raum inmitten einer Globalisierung, die zusehends ein asiatisches Gepräge annimmt“. Diesen virtuellen Raum definiert sie durch die fiktiven Internetadressen „www.israel.org (für seine dynamische und innovative, pluralistische und vollkommen freie Zivilgesellschaft), www.israel.com (für seinen florierenden Handel), www.israel.inc (für seine spektakuläre Technologie), www.israel.gov (zweifelloso die schwächste seiner Aktivitäten) und, nicht zu vergessen, www.israel.god (die unwägbarste, aber auch die am stärksten präsent)“. So segele das Land „frohen Mutes auf der Wasserscheide, welche die als im Niedergang befindlich wahrgenommenen Mächte (Europa und, wie man auch zugeben muss, die Vereinigten Staaten) sowie die aufstrebenden Mächte (wie China, Indien, Brasilien und in den Augen Israels sogar Russland) voneinander trennt“⁴².

41 | Siehe Bloomberg, *Bloomberg Innovation Index*, <http://bloomberg.com/graphics/2015-innovative-countries> [02.03.2015].

42 | Diana Pinto, *Israel ist umgezogen*, Berlin, 2013, S. 7, 9 f. und 14.



Stolzer Pioniergeist: Israel ist für seine Innovationsfähigkeiten bekannt. Die Label „Start-up Nation“ und „Silicon Wadi“ zeugen davon. | Quelle: Or Hiltch, flickr ©@@.

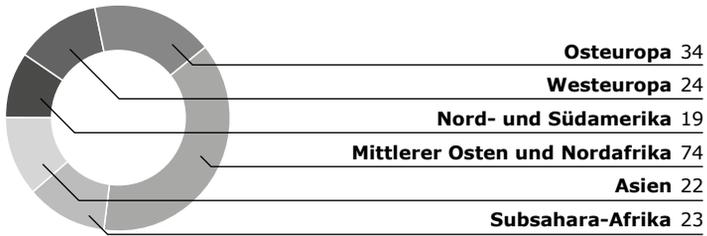
ANTISEMITISMUS IN EUROPA

Nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums – dort allerdings besonders aufmerksam – werden in Israel das (Wieder-)Erstarken und die neue Salonfähigkeit antisemitischer Einstellungen in Europa beobachtet. In die Sorge mischt sich ein Gefühl der Bestätigung: Jedes antisemitische Verbrechen im heutigen Europa ist ein Argument für die ungebrochene Aktualität von Israels Versprechen, sicherer Hafen für verfolgte Juden aus aller Welt zu sein.⁴³ Nur in Israel begegne man ihnen mit uneingeschränkter Solidarität. Der große „Republikanische Marsch“ am 11. Januar 2015 in Paris, so war zu lesen, habe hauptsächlich den am 7. Januar ermordeten Redakteuren von *Charlie Hebdo* gegolten, nicht den jüdischen Opfern des terroristischen Anschlags vom 9. Januar auf einen koscheren Supermarkt.⁴⁴

43 | Vgl. stellvertretend für viele Beispiele folgende Äußerung einer französischen Jüdin, die nach Israel auswandern möchte: „In Israel gibt es eine Armee, die uns beschützen wird. Hier [in Frankreich] kann ich keine Zukunft mehr für meine Kinder sehen.“, in: Dan Bilefski, „Number of French Jews Emigrating to Israel Rises“, *The New York Times*, 20.06.2014, <http://nytimes.com/2014/06/21/world/europe/number-of-french-jews-emigrating-to-israel-rises-sharply.html> [02.03.2015]; siehe auch: Emily Greenhouse, „After Charlie Hebdo, Jews in France Confront An Old Question“, *BloombergPolitics*, 13.01.2015, <http://bloomberg.com/politics/features/2015-01-13/after-charlie-hebdo-jews-in-france-confront-an-old-question> [02.03.2015].

44 | Cnaan Liphshiz, „France marched for Charlie, not for the Jews“, *The Times of Israel*, 16.01.2015, <http://timesofisrael.com/france-marched-for-charlie-not-for-the-jews> [02.03.2015].

Abb. 2

Ausmaß antisemitischer Einstellungen weltweit (in Prozent)

Quelle: ADL, Fn. 46.

Solche Befürchtungen speisen sich nicht nur aus einer Fülle von Schreckensnachrichten, sondern auch aus demoskopischen Befunden. Am 8. November 2014, dem Vorabend des Gedenkens an die Reichspogromnacht von 1938, veröffentlichte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) einen in Israel viel beachteten Bericht über die Erfahrungen jüdischer Bürger von EU-Mitgliedstaaten mit Antisemitismus, hassmotivierten Straftaten und Diskriminierung.⁴⁵ Die Anti-Defamation League of B'nai B'rith (ADL) publizierte im Frühjahr 2014 eine – wegen ihrer Methodologie nicht unumstrittene – Studie, in der erstmals das Ausmaß antisemitischer Einstellungen weltweit untersucht wurde.⁴⁶ Hiernach sind ein Viertel (24 Prozent) der Westeuropäer und ein Drittel (34 Prozent) der Osteuropäer – rund 150.000 Millionen Menschen – antisemitisch eingestellt. In den USA sind es nach denselben Kriterien nur neun Prozent; dort genießen Juden, zusammen mit Katholiken und evangelikalen Christen, einer jüngeren Umfrage des Pew Research Center zufolge die höchsten Sympathiewerte unter den Religionsgemeinschaften und Konfessionen in den USA.⁴⁷

45 | Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, „Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus“, <http://fra.europa.eu/de/publication/2014/diskriminierung-und-hasskriminalitaet-gegenueber-juden-den-eu-mitgliedstaaten> [02.03.2015].

46 | Siehe ADL, „Index of Antisemitism“, <http://global100.adl.org> [02.03.2015].

47 | Vgl. Pew Research Center, „How Americans Feel About Religious Groups“, <http://pewforum.org/2014/07/16/how-americans-feel-about-religious-groups> [02.03.2015].

Gefahr droht den europäischen Juden aus israelischer Sicht vor allem von einer unheiligen Allianz aus Rechtsextremisten, radikalen Islamisten und Teilen der pro-palästinensischen Linken. Diese Allianz verbreitet auf anti-israelischen Demonstrationen in Europa eine Atmosphäre von Hass und Gewalt bisher nicht gekannten Ausmaßes. Gegen die extremistische Bedrohung werden Synagogen, jüdische Schulen und andere jüdische Einrichtungen vielerorts wie Hochsicherheitstrakte bewacht. Besondere Sorge ruft in Israel der Eindruck hervor, dass der Einfluss muslimischer Wählergruppen auf die europäische Politik unaufhaltsam zunehme. Ministerpräsident Netanjahu konstatierte Anfang 2015 sogar eine „Islamisierung“ Westeuropas.⁴⁸ (Nach alledem ist es nicht verwunderlich, dass manche europäischen Rechtspopulisten – namentlich der Niederländer Geert Wilders – unter weit rechts stehenden israelischen Politikern Bundesgenossen im Kampf gegen den Islam suchen.⁴⁹)

Neben den europäischen Gesellschaften stehen auch deren politische Repräsentanten unter Antisemitismus-Verdacht. Das Gleiche gilt für eine Vielzahl europäischer Nichtregierungsorganisationen – einschließlich der deutschen politischen Stiftungen –, deren Hauptaufgabe angeblich darin besteht, sich einseitig für die palästinensische Sache einzusetzen. Wenn es in Europa heiße, Israel verletze in den palästinensischen Gebieten die Menschenrechte und sei für den Tod unschuldiger Kinder dort verantwortlich, dann werde unterschwellig die antisemitische Ritualmordlegende reaktiviert. Wenn die EU sich weigere, die israelischen Siedlungen im Westjordanland als Teil Israels anzuerkennen, dann sei das nichts anderes als ein europäischer Beitrag zur internationalen Boykottbewegung gegen Israel und zur Delegitimierung des jüdischen Staates. Überhaupt sei die europäische Kritik an der israelischen Siedlungspolitik antisemitisch motiviert, denn sie messe den jüdischen Staat mit anderen Maßstäben als nichtjüdische Länder, die

48 | Vgl. Reuters, „Netanyahu says Europe’s ‚Islamization‘ pushing Israel to expand Asia trade“, *Haaretz* online, 19.01.2015, <http://haaretz.com/business/1.637751> [02.03.2015]; ferner: Herb Keinon, „Netanyahu: Israel must open Asian markets due to anti-Semitism in Europe“, *The Jerusalem Post online*, 18.01.2015, <http://jpost.com/Israel-News/Politics-And-Diplomacy/Netanyahu-Israel-must-open-Asian-markets-due-to-Islamization-anti-Semitism-in-Europe-388164> [02.03.2015].

49 | Siehe z.B. Eldad Beck, „Geert Wilders: Israel fighting our war“, *Ynetnews*, 30.11.2010, <http://ynetnews.com/articles/0,7340,L-3991733,00.html> [02.03.2015].

straflos eine vergleichbare Politik betreiben dürften, zum Beispiel die Türkei in Nordzypern oder Marokko in der Westsahara.⁵⁰



In vielen europäischen Städten ist der Schutz jüdischer Einrichtungen notwendig. Antisemitische Übergriffe haben in den letzten Jahren zugenommen. Am 14. Februar 2015 kam es zu einem Anschlag in Kopenhagen. | Quelle: Peter Kirkeskov Rasmussen, flickr ©©©©.

UNTERSCHIEDE BEI DER BEDROHUNGSANALYSE

Zur Kritik, die EU unterschätze die „islamische Gefahr“ im eigenen Innern, gesellt sich der Vorwurf, sie neige außenpolitisch zum Appeasement.⁵¹ In ihrem nachgiebigen Pazifismus versäume sie es, die für eine weltpolitische Rolle erforderliche *hard power* aufzubauen. Zwar trete sie belehrend als moralische Supermacht auf, sei aber nicht bereit und in der Lage, Israel für den Fall der von ihr proklamierten Gründung eines Palästinenserstaats verlässliche und robuste Sicherheitsgarantien zu geben. In diesem Zusammenhang weisen Kommentatoren neuerdings gern auf die

50 | Alle diese Argumente waren bei einer gemeinsamen Konferenz der KAS Israel und des Jerusalem Centre for Public Affairs am 24.03.2014 zu hören. Vgl. Michael Mertes, „Ist die EU ein Feind Israels? Eine Konferenz legt Missverständnisse bloß“, KAS-Israel, <http://kas.de/israel/de/publications/37204> [02.03.2015].

51 | So ein vor allem von Ministerpräsident Netanjahu erhobener Vorwurf. Vgl. Herb Keinon, „Israel severely rebuked, as PM warns ‚spirit of appeasement‘ blowing through Europe“, *The Jerusalem Post online*, 17.12.2014, <http://jpost.com/Israel-News/Politics-And-Diplomacy/Israel-severely-rebuked-internationally-as-PM-warns-spirit-of-appeasement-blowing-through-Europe-385001> [02.03.2015].

Hilflosigkeit der EU gegenüber dem Vorgehen Russlands in der Ukraine hin.⁵²

Im Streit über die richtige Antwort auf das iranische Nuklearprogramm kritisieren israelische Sicherheitspolitiker und -experten die Gesprächs- und Kompromissbereitschaft der Obama-Administration zumeist schärfer als die moderate Haltung der Europäer. Umso größer ist das Unverständnis für die Schwierigkeiten der EU, die libanesisch-schiitische Hisbollah und die

palästinensisch-sunnitische Hamas als Terrororganisationen einzustufen. Als die EU im Juli 2013 nach langen Debatten den militärischen Flügel der Hisbollah zur Terrororganisation erklärt hatte, bemängelten israelische

Als die EU 2013 nur den militärischen, nicht aber den politischen Flügel der Hisbollah zur Terrororganisation erklärt hatte, bemängelten israelische Regierungsvertreter diese Differenzierung.

Regierungsvertreter, die Differenzierung zwischen einem politischen und einem militärischen Flügel verkenne die Wirklichkeit.⁵³ Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 17. Dezember 2014, die Hamas wegen Verfahrensfehlern von der Liste der Terrororganisationen zu streichen, wurde in Israel zunächst als weiteres Beispiel für die Naivität der EU gedeutet.⁵⁴

Im Gegensatz zur EU und den USA hat sich die israelische Außenpolitik bislang auffallend zurückgehalten, wenn es um Kritik am aggressiven Verhalten Russlands gegenüber dem „nahen Ausland“ (besonders Georgien und der Ukraine) ging. Russland wird nicht als Bedrohung, sondern als (potenzieller) Partner wahrgenommen.⁵⁵ Auch die russische Unterstützung für das seit 2011 vom Sturz bedrohte Assad-Regime wurde offiziell nie negativ kommentiert. Aus israelischer Sicht ist ein berechenbarer Diktator im Vergleich zu einem unberechenbaren Heer von Dschihadisten allemal das geringere Übel – sogar dann, wenn er mit der Hisbollah im Bunde steht.

52 | Vgl. – als ein typisches Beispiel von „rechts“ – Manfred Gerstenfeld, „Why Israel should monitor the Ukraine conflict closely“, *The Jerusalem Post online*, 17.05.2014, <http://jpost.com/Opinion/Op-Ed-Contributors/Why-Israel-should-monitor-the-Ukraine-conflict-closely-352559> [02.03.2015].

53 | Siehe „Netanyahu: EU should blacklist all Hezbollah wings, not just its military“, *Haaretz online*, 23.07.2013, <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.537257> [02.03.2015].

54 | Siehe „Israel cries foul after EU strikes Hamas from terror list“, *The Times of Israel*, 17.12.2014, <http://timesofisrael.com/court-orders-eu-remove-hamas-from-terror-blacklist> [02.03.2015].

55 | Zum Hintergrund siehe: Lincoln Mitchell, „Borscht Belt: Will Israel Spurn America for Russia?“, *Observer*, 22.01.2015, <http://observer.com/2015/01/borscht-belt-will-israel-spurn-america-for-russia> [02.03.2015].



Kooperation und Dissens: Trotz der intensiven Partnerschaft zwischen der EU und Israel, hier die Außenbeauftragte Federica Mogherini mit Premierminister Benjamin Netanjahu, gibt es Streitpunkte, wie etwa die Frage die Siedlungspolitik. | Quelle: Gali Tibbon, Europäischer Auswärtiger Dienst, flickr

UNERWÜNSCHTE EINMISCHUNG: DIE EU UND DER ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHE KONFLIKT

Die Politik der EU (und vieler einzelner EU-Mitgliedstaaten) für die Zwei-Staaten-Lösung – im Kern also für die Gründung und Anerkennung eines souveränen Palästinenserstaates – war, ist und bleibt eine Hauptquelle europäisch-israelischer Spannungen. Einen kurzen Moment der Entspannung gab es nach den Oslo-Ver einbarungen von 1993, als jenes Ziel in greifbare Nähe zu rücken schien und die Zeit gekommen war, Israel in den Rang eines assoziierten Partners der EU aufsteigen zu lassen. Später wurde der Ton auf beiden Seiten immer gereizter, vor allem nach Bildung des Kabinetts Netanjahu III (März 2013), der siedlerfreundlichsten Regierung, die Israel bislang hatte.

Mit der „Erklärung von Venedig“ vom 13. Juni 1980⁵⁶ hatten die (damals neun) EG-Außenminister zum ersten Mal den Anspruch der Europäischen Gemeinschaft geltend gemacht, an der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts mitzuwirken. Die EG erkannte das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser an; dieses Recht

56 | Vgl. Europäischer Auswärtiger Dienst, „Venice Declaration“, 13.06.1980, http://eeas.europa.eu/mepp/docs/venice_declaration_1980_en.pdf [02.03.2015].

sei „im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung“ – gemeint war die Zwei-Staaten-Lösung – auszuüben. In die Verhandlungen müsse die PLO (als vor-staatliche Sprecherin des palästinensischen Volkes) einbezogen werden. Was aus damaliger Sicht Israels noch ein Skandalon war, erscheint seit den Oslo-Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO als Selbstverständlichkeit. Mit der Teilnahme am Nahostquartett (Vereinte Nationen, Europäische Union, Vereinigte Staaten, Russland), das 2002, mitten in der Zweiten Intifada, eine „Roadmap“ zum Frieden präsentierte, unterstrich die EU ihre nahostpolitischen Ambitionen; die Berufung des *elder statesman* Tony Blair zum Sondergesandten des Quartetts im Jahr 2007 gab dieser bislang erfolglosen Gruppe ein europäisches Gesicht.

Zu den zentralen Streitfragen zwischen der EU und Israel gehört der unablässige europäische Protest gegen die israelische Siedlungspolitik. Juristisch begründet die EU ihre Kritik damit, dass kein Teil des Westjordanlandes zum israelischen Territorium gehört. Diese Rechtsauffassung liegt einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs⁵⁷ zugrunde, der darüber zu befinden hatte, ob Siedlungsprodukte „Made in Israel“ seien, das heißt unter die zwischen Israel und der EU vereinbarte Zollpräferenzregelung fallen. Dies verneinte er. Politisch wendet die EU vor allem ein, die Siedlungspolitik zerstöre Vertrauen in die Ernsthaftigkeit des Einigungswillens der israelischen Regierung und erschwere aus praktischen Gründen die Verwirklichung der von der EU unterstützten Zwei-Staaten-Lösung immer weiter.⁵⁸

Zum politischen Werkzeugkasten der EU gehörten in den vergangenen Jahren vor allem Anreize („Zuckerbrot“) in Gestalt von „Upgrade“-Angeboten bis hin zur Offerte einer „Besonderen Privilegierten Partnerschaft“.

Als eine Art Sanktion („Peitsche“ wäre hier eine übertriebene Metapher) ist nunmehr in der Diskussion, EU-weit Waren aus israelischen Siedlungen im Westjordanland als solche kennzeichnen zu lassen. Einzelne EU-Mitgliedstaaten haben bereits entsprechende nationale Regelungen eingeführt. Auf der rechten Seite des

Es ist in der Diskussion, EU-weit Waren aus israelischen Siedlungen im Westjordanland kennzeichnen zu lassen. Dies gilt im israelischen rechten Spektrum als „Boycott Israels“.

57 | Vgl. Gerichtshof der Europäischen Union, „Erzeugnisse mit Ursprung im Westjordanland fallen nicht unter die Zollpräferenzregelung des Abkommens EG-Israel“, Pressemitteilung Nr. 14/10, 25.02.2010, <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-02/cp100014de.pdf> [02.03.2015].

58 | Für eine Zusammenfassung der EU-Argumente gegen die Siedlungspolitik durch Botschafter Lars Faaborg-Andersen siehe Fn. 18.

politischen Spektrums in Israel gilt allein schon die Kennzeichnungspflicht als „Boycott Israels“ – obwohl die entsprechenden Waren keinem Einfuhrverbot unterliegen. Ähnliche Vorwürfe sind zu hören, wenn die EU darauf besteht (wie beim Rahmenprogramm „Horizont 2020“), dass die von ihr zur Verfügung gestellten Finanzmittel nicht in Siedlungsprojekte fließen dürfen.⁵⁹

Größere Probleme hat Israel heute damit, dass immer mehr EU-Mitgliedstaaten das Warten auf eine Friedensregelung aufgeben und im Alleingang den Staat „Palästina“ anerkennen (ohne freilich die Konsequenz daraus zu ziehen, eine Botschaft im Palästinenserstaat zu eröffnen). Vorbote war das „Ja“ vieler europäischer Länder bei der Abstimmung vom 29. November 2012 in der VN-Generalversammlung über den Status von „Palästina“ als „staatliches Nicht-Mitglied“. Einen regelrechten Schock in der Regierung Netanjahu löste damals die überraschende Entscheidung der deutschen Bundesregierung aus, sich der Stimme zu enthalten.⁶⁰

Sieht man von polemischen Antisemitismusvorwürfen ab⁶¹, so lautet der wichtigste politische Einwand gegen die europäische Kritik, Israel blockiere die Zwei-Staaten-Lösung, dass die bisherigen Rückschläge im Friedensprozess in Wahrheit (auch) durch palästinensische Unnachgiebigkeit verursacht worden seien. Die Hamas, so wird dabei betont, halte an ihrem großen Ziel fest, das „zionistische Gebilde“ von der Landkarte zu tilgen. Die einseitige Parteinahme vieler Europäer gegen Israel ermutige die Palästinenser zur Unnachgiebigkeit, ja zur Gewalt.

Wie ernst in Israel der neue europäische Trend zur Anerkennung eines Staates „Palästina“ genommen wird, zeigt eine Äußerung von Außenminister Avigdor Liberman vor den in Europa tätigen israelischen Botschaftern Anfang Januar 2015: Für Israel seien im

59 | Vgl. ebd.

60 | Vgl. Jonathan Schanzer/Benjamin Weinthal, „How Israel Lost Europe“, *Foreign Policy*, 30.11.2012, http://foreignpolicy.com/articles/2012/11/30/how_israel_lost_europe [02.03.2015].

61 | Siehe Keinon, Fn. 48; ferner die Äußerung von Außenminister Avigdor Liberman am 04.01.2015, manche „Lügen und Fälschungen“, die man im Europäischen Parlament hören könne, kämen „einem weiteren Kapitel in den Protokollen der Weisen von Zion“ gleich. Zit. nach: Herb Keinon, „Liberman says western Europe, not Iran or Palestinians, Israel main challenge“, *The Jerusalem Post online*, 04.01.2015, <http://jpost.com/Israel-News/Politics-And-Diplomacy/Liberman-implies-some-EU-parliaments-motivated-by-anti-Semitism-on-Palestinian-issue-386599> [02.03.2015].

neuen Jahr nicht die Palästinenser, der Iran oder die Hisbollah die größte Herausforderung, sondern Westeuropa.⁶²

FAZIT

Die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Israel und der Europäischen Union als „distanzierte Partnerschaft“ wird auch in absehbarer Zukunft stimmen. Einerseits werden sich die Ursachen wechselseitiger Entfremdung eher vergrößern – so lange jedenfalls, wie eine Zwei-Staaten-Lösung außer Reichweite bleibt. Andererseits gibt es immer mehr gute Gründe für einen Ausbau der Kooperation.

In der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit haben beide Seiten einander viel zu bieten. Die „Start-up Nation“ Israel kann stagnierenden europäischen Ländern als Beispiel dafür dienen, wie sich Mangel an Rohstoffen durch Erfindergeist und Innovationskraft mehr als nur kompensieren lässt. Die Europäische Union wiederum kann Israel durch eine unnachsichtige Bekämpfung antisemitischer Tendenzen zeigen, dass sie mit ihren Wertepreferenzen Israel immer noch wesentlich näher steht als ostasiatischen Ökonomien, in denen Israel heute nach neuen Partnern sucht.

Die „Start-up Nation“ Israel kann stagnierenden europäischen Ländern als Beispiel dafür dienen, wie sich Mangel an Rohstoffen durch Innovationskraft mehr als nur kompensieren lässt.

Im Hinblick auf die gewaltsamen Umbrüche im Nahen Osten und in Nordafrika teilen Israel und die Europäische Union grundlegende Sicherheitsinteressen. Beide werden – wenngleich in unterschiedlicher Weise – durch die Ausbreitung des dschihadistisch-salafistischen Terrors bedroht. Beide wären betroffen, wenn es dem Iran gelänge, sich als nukleare Großmacht in der Region zu etablieren. Dies spricht für eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Kooperation – vom Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse bis zur Formulierung gemeinsamer Strategien.

Kurzum: Israel und die Europäische Union mögen voneinander in mancher Hinsicht enttäuscht sein. Sie bleiben jedoch aufeinander angewiesen.